



50 Jahre Europa?

Zum Stellenwert der Römischen Verträge vom März 1957

Georg Kreis, Leiter des Europainstituts, Universität Basel

In jüngster Zeit wurde an vielen Orten unter dem Titel „50 Jahre Europa“ der im März 1957 abgeschlossenen Römischen Verträge gedacht. Das ist gerade aus der Sicht der Historiker natürlich zu begrüßen. Zugleich ist die Etikettierung, wiederum aus der Sicht der Historiker, zu beanstanden. Dies aus zwei Gründen: Einmal, weil die simple Gleichsetzung von EG/EU und Europa nach wie vor problematisch bleibt, und zum anderen, weil sie die wichtige Tatsache ausblendet, dass die Europäische Gemeinschaft bereits früher gleichsam zur Welt kam.

Die beiden am 25. März 1957 in Rom unterzeichneten Verträge – der eine zur Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), der andere zur Atomgemeinschaft (EAG) – bilden gewiss einen wichtigen, wahrscheinlich den wichtigsten Meilenstein eines Wegs. Diesen hatte eine westeuropäische Staatengruppe allerdings bereits mehr als zehn Jahre zuvor angetreten, ohne allerdings die Route im einzelnen bereits zu kennen. Demnach gäbe es Gründe, den Geburtstag schon früher anzusetzen: 1944 mit Hinweis auf Manifeste von Widerstandsbewegungen, 1945 mit Hinweis auf die Stunde Null, 1946 mit Hinweis auf Churchills berühmte Zürcher Rede, 1947 mit Hinweis auf die Verkündung des amerikanischen Marshallplans.

Die Europäische Union bedürfte, wie jede Gemeinschaft, zur Fundierung ihres Selbstverständnisses einer schönen Gründungsgeschichte mit verehrbaren Gründungsvätern und einem

mythischen Ort am Kalender wie in der Reallandschaft. Es mag für die EU charakteristisch sein, dass ihr eine einfache Meistererzählung dieser Art nicht zur Verfügung steht. Einerseits ist sie eine Geburt aus der Erfahrung des Zweiten Weltkriegs, andererseits ist sie sogar in höherem Mass eine Geburt aus der Konstellation des Kalten Kriegs, das Produkt der Westlagerbildung gegen die Bedrohung aus dem „Osten“. Und eine Kreation mit vielen Schöpfern. Deren zwei – Churchill und Marschall – sind bereits genannt worden, wichtiger sind aber die Franzosen Jean Monnet und Robert Schuman, der Deutsche Konrad Adenauer, der Italiener Alcide de Gasperi. Der Belgier Paul-Henri Spaak dürfte gerade für die Römischen Verträge der wichtigste Akteur gewesen sein. Der niederländische Aussenminister Johann Willem Beyen, der früher BIZ-Direktor in Basel war und bereits im Februar 1953 einen Plan einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vorgelegt hatte, leistete ebenfalls einen wichtigen Beitrag.

Meilenstein: Ohne zwei andere wichtige Meilensteine wäre man schwerlich nach Rom gekommen. Es brauchte unbedingt den ersten grossen Erfolg der 1950 lancierten Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), und es brauchte vielleicht nicht weniger den Misserfolg von 1954 der gescheiterten Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Mit dem ersten Erfolg gelang es, in einem bestimmten Wirtschaftssektor supranationale Verhältnisse zu schaffen und ein Mo-

dell zu entwickeln, das auch auf andere Sektoren anwendbar war. Der Misserfolg von 1954 leistete insofern seinen Beitrag, als er die Europapromotoren zwang, an anderen Orten positive Ergebnisse zu realisieren. Man dachte an weitere sektoruelle Vergemeinschaftungen im Verkehrssektor, im Agrarsektor, im Medizinalsektor und man wurde gleichsam fündig eben in der EAG und EWG.

Frankreich war vor allem an der Vergemeinschaftung der Atomproduktion interessiert. Die Bundesrepublik, sein Hauptpartner, war dagegegen vor allem an einer Öffnung der Märkte für ihre starke Industrieproduktion interessiert. Das von Spaak zustande gebrachte Kunststück bestand darin, die beiden Interessen über eine Paketlösung (*package deal*) zu verknüpfen und mit dieser Verschränkung einen Integrationsfortschritt für alle zu erzielen.

Beide, EAG und EWG, waren aber mehr als bloss instrumentalisierte Vehikel, um „Europa“ voranzubringen. Sie entsprachen auch einem eigenen Bedarf. Beide waren institutionelle Antworten auf den einmaligen Wirtschaftsaufschwung, den Westeuropa damals erlebte. Es ging darum, der stark wachsenden Produktivität den nötigen Markt und die nötige Energie zur Verfügung zu stellen. Die internationale Konstellation half dabei mit. Insbesondere die Erfahrung der Suezkrise vom November 1956 machte den stets schwierigen Partner Frankreich in einer Weise an einem

50 Jahre Europa?

gemeinsamen Europa interessiert, wie dies ohne dieses Erlebnis nicht der Fall gewesen wäre. Suezzerfahrung bedeutete zweierlei: Wahrnehmung der Abhängigkeit von der Erdölversorgung aus dem Mittleren Osten, aber noch mehr, Wahrnehmung der Dominanz der beiden Supermächte USA und UdSSR. Jean Monnet überliefert das Bonmot, dass man eigentlich auch im ägyptischen Staatschef Nasser wegen seiner herausfordernden Haltung gegenüber den europäischen Kolonialmächten einen indirekten Gründungsvater sehen müsste.

Während der Meilenstein der EGKS von 1950 vor allem dank der Verschärfung des West-Ost-Gegensatzes gesetzt werden konnte, gelang der Meilenstein von 1957 vor allem wegen der Reaktivierung eines anderen Musters: Jetzt ging es vor allem darum, Europa als Dritte Kraft zwischen West und Ost zu stärken. Frankreich machte in dem mit Grossbritannien eingegangenen Suezabendeuer die praktische Erfahrung, die Europa eigentlich bereits seit 1918 wiederholt und in wachsender Masse mach-

chen musste, dass seine bestimmende Vormachtstellung einer rasanten Eroberung unterworfen war.

Die Römischen Verträge wurden, wie gesagt, am 25. März 1957 unterzeichnet. Man weiss sogar die Uhrzeit und wie das Wetter war. Es war 18.47 Uhr, wie das Zeremoniell begann, und draussen regnete es. Was die Römischen Verträge ausmachten, musste sich aber erst in den folgenden Jahren bewähren, etwa mit dem stufenweise vorgenommenen Abbau der Zölle oder dem stufenweise vorgenommenen Abbau der Vetomöglichkeiten infolge der Einschränkung der Einstimmigkeitsregel. Und auf der anderen Seite ist das, was die Römischen Verträge sein sollten, längere Zeit vor dem März 1957 angestrebt und sogar vorentschieden worden.

Eine wichtige Station – auch ein Meilenstein, wenn auch ein weniger bekannter – war der in der Aussenministerkonferenz von Messina nach einer durchwachten Nacht am 3. Juni 1955 gefasste Grundsatzbeschluss,

gemeinsame Institutionen weiterzuentwickeln und die nationalen Wirtschaften schrittweise zu fusionieren. Messina stand in der Folge derart für einen Ort und Moment einer Erfolgsgeschichte, dass man sich 1996 zur Vorbereitung des Vertrags von Amsterdam von 1997 wiederum nach Messina begab, um sich vom guten Ortsgeist zu inspirieren. Nach dem gleichen Muster wurde alles andere als zufällig im Oktober 2004 der Verfassungsvertrag von den damals 25 EU-Mitgliedern in Rom unterzeichnet, obwohl Italien nicht mehr die Ratspräsidentschaft innehatte. Der *genius loci* half in diesem Fall aber nicht viel weiter. Doch die Aufgabe und die Methode des europäischen Projekts bleiben nach wie vor die gleichen: In einer Kombination von Gestaltungswillen und guten Gelegenheiten eine Zukunft zu gestalten, ohne zu meinen, dass der Weg und das Ziel beziehungsweise das Endresultat klar vorgezeichnet sei.

Künftige Europapolitik der Schweiz

„Impulse für die künftige Europapolitik der Schweiz“

Bericht zur Fachtagung vom 23. Februar 2007 an der Universität Basel

Beat Spirig, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Europainstitut, Universität Basel

Alain Schläpfer, Assistent, Wirtschaftswissenschaftliches Zentrum WWZ, Universität Basel

Im Europabericht des Bundesrates vom Juni 2006 wird der EU-Beitritt der Schweiz erstmals als mögliche „Option“ bezeichnet und nicht mehr als strategisches Ziel. Wie ist dieser allfällige Strategiewechsel zu bewerten? Die Schweiz erscheint auf politischen Europakarten 50 Jahre nach den Römerverträgen noch immer als „weisser Fleck“. Dies mag angesichts der engen Verflechtung der Schweiz mit den Staaten der EU erstaunen, da die Schweiz durchaus beitragsfähig wäre. Wie ist diese

Politik des bewussten „Wartens“ zu erklären und zu bewerten? Dies sind Fragen, welche ein Forschungsprojekt unter der Leitung von Prof. Dr. Rolf Weder adressiert und deren erste Resultate an dieser Tagung präsentiert wurden. Weiter stellten ausgewiesene Experten ihre Berichte und Analysen zur künftigen europapolitischen Ausrichtung der Schweiz vor.

Botschafter Urs Bucher, Leiter des Integrationsbüros EDA/EVD, eröffnete die Vortragsreihe. Er stellte den Europabericht 2006 des Bundesrates

vor. Durch die systematische Beschreibung verschiedener Instrumente der Zusammenarbeit mit der EU, wozu auch der Beitritt gehört, versucht der Bericht Sachlichkeit in die häufig ideologisch geführte Diskussion zu bringen. Der Europabericht des Bundesrates verzichtet absichtlich auf eine Bewertung der unterschiedlichen Instrumente, sondern beschreibt die erwartete Auswirkungen. Der Redner formulierte die «Gretchenfrage» so: „Wie kann die Schweiz ihr Schicksal in Europa am besten selber steuern?“

Der Bericht benennt den bilateralen Weg als das Instrument, welches derzeit die Interessen der Schweiz am besten wahrt.

Für Nationalrat Hans-Jürg Fehr, Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS), wird die Europa-Diskussion von einem unverdient schlechten Bild der EU geprägt. Er würdigte die historischen Leistungen der EU. Bei gewissen Mängeln wie der teilweise fehlenden Legitimation der EU und der Verankerung der Politik im europäischen Volk, könnte die Schweiz als Mitglied ihre Erfahrung einbringen. Den bilateralen Weg betrachtet der Redner als Ausweg nach dem EWR-Nein, jedoch als statischen, schwerfälligen und unsicheren Umweg. Der autonome Nachvollzug stelle ein Souveränitätsverlust dar. Der EU-Beitritt würde laut Fehr zu mehr Mitspracherechten und Demokratiegewinnen führen und zur Bekämpfung der Hochpreisinsel Schweiz beitragen. Als Minuspunkte bezeichnet der Redner Abstriche bei der direkten Demokratie sowie den Zwang zu Liberalisierungsschritten im Service Public.

Gregor Kündig, Mitglied der Geschäftsleitung der *economiesuisse*, bezeichnet den bilateralen als den momentan einzig gangbaren Weg. Trotz der Wichtigkeit des europäischen Marktes stuft der Redner Weltmarktcompetitivität höher ein als Europakompatibilität. Der bilaterale

Weg hat seiner Ansicht nach durchaus Zukunft, der Beitritt jedoch sei für die Wirtschaft nicht von Interesse. Als Stolpersteine eines Beitritts gelten die Geld-, Währungs-, Steuer- und Sozialpolitik. Im Unterschied zu seinem Vorredner stuft Kündig die Einflussmöglichkeiten der Schweiz innerhalb der EU als gering ein.

Prof. Dr. Rolf Weder, Leiter der Abteilung Aussenwirtschaft und Europäische Integration am WWZ und Europainstitut der Universität Basel, erörterte die Frage, ob das „Warten“ mit dem Beitritt einen Wert hat. Das Problem würde sich so von der emotionsgeladenen Frage: «EU-Beitritt: Ja oder Nein?» zum nüchternen «Warten oder nicht warten?» verlagern. Die Idee dabei ist, dass ein Beitritt irreversible einmalige Anpassungskosten verursacht, danach einen stetigen, aber unsicheren Nettonutzenstrom erzeugt. Aufgrund dieser Unsicherheit ist es möglicherweise sinnvoll, heute mit dem Beitritt zu warten bis mehr Informationen über die Entwicklung der EU vorliegen. Je grösser die Unsicherheit, je tiefer die Wahrscheinlichkeit einer günstigen Entwicklung und je höher die Kosten eines Beitritts, umso höher liegt der Wert des Wartens. Der entgangene Nettonutzen des sofortigen Beitritts zeigt die Kosten des Wartens.

Beat Spirig, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Europainstitut der Universität Basel, knüpfte mit empi-

rischen Einschätzungen des Wert des Wartens an diese theoretischen Überlegungen an. Anhand der ökonomischen Glücksforschung zeigt er, dass die politischen Anpassungskosten der direkten Demokratie möglicherweise sehr hoch sind. Weitere Analysen zeigten, dass der politische Nutzen der Mitbestimmung eher gering und unsicher ist. Diese drei Erkenntnisse weisen derzeit auf einen hohen Wert des Wartens hin. Dabei ist es wichtig, diese Faktoren relativ zur Alternative des Bilateralismus zu bewerten.

Im Anschluss folgte eine von Prof. Dr. Georg Kreis geleitete Paneldiskussion. Hans-Jürg Fehr wurde dabei von Dr. Matthias Manz, politischer Fachsekretär der SP-Fraktion, vertreten. Die wissenschaftliche Arbeit zum Wert des Wartens wurde als eine wichtige Neuerung gewürdigt, welche das Warten als eine strategische Option ins Zentrum stellt. Die Unsicherheit des bilateralen Weges wurde von den Teilnehmern unterschiedlich eingeschätzt. Die zahlreichen Fragen aus dem Publikum verteilten sich gleichmässig auf die anwesenden Referenten, wobei alle geschlossen dem Vorwurf entgegentraten, die Schweiz würde mit ihrer Europapolitik „Rosinenpickerei“ betreiben. Die Diskussion zeigte, dass das Thema wohl kontrovers bleiben wird.

„Der Botschafter war hier“

Georg Kreis, Leiter des Europainstituts, Universität Basel

Der frisch in Funktion getretene Botschafter der Delegation der Europäischen Kommission in der Schweiz, Doz. Dr. Michael Reiterer, war nicht zu einem Antrittsbesuch, aber zu einem seiner ersten öffentlichen Auftritte am 31. Januar 2007 im Europainstitut zu Besuch und referierte über die Aufgaben der EU-Diplomatie – „hier und andernorts“. Da er vorher in gleicher Funktion in Tokio gewesen war, ergaben sich aus seinen Ausführungen zum „andernorts“ gute Vergleichsmöglichkeiten, welche Gemeinsamkeiten und

Differenzen sichtbar machten. Auf die Aufregung gemünzt, die bei gewissen konservativen Patrioten aufgekommen ist, weil die EU jetzt einen permanenten Emissär jemanden in die Schweiz zu schicken wage, bemerkte Reiterer, dass das bei Drittstaaten schlicht der Normalfall sei und nicht eine besondere Offensive bedeute. Seine Darlegungen zeigten, dass die „public diplomacy“ ihm wichtig und dass sie allgemein eine zentrale Aufgabe der Diplomatie geworden ist, nachdem der internationale Austausch zwischen

Funktionsträgern verschiedener Länder immer mehr direkt per e-mail läuft und nicht über den diplomatischen Briefträger. Und, dass deswegen die traditionelle Zurückhaltung, um sich nicht dem Vorwurf der Einmischung auszusetzen, immer weniger angebracht sei. Die Ausführungen zur Politik der EU versteht er als eine Dienstleistung für das Gastland und als ein Angebot, von dem man Gebrauch machen könne – oder auch nicht.



„Von der Agora von Brüssel“

Die Tagung „Europa in den Medien“ am 2. März 2007 befasste sich mit dem Thema „Europäische Öffentlichkeit“

Oliver Zihlmann, Assistent Institutsleitung, Europainstitut, Universität Basel

Was ursprünglich als Weiterbildung für Journalisten und Pressesprecher angedacht war, endete als medienpolitisches Kolloquium auf höchstem Niveau: Die Tagung „Europa in den Medien“, ging von der Feststellung aus, dass Europa heute zu einem grossen Teil in den Medien stattfindet – dies aber womöglich zu wenig oder nicht richtig. Als unbestritten galt den Teilnehmern, dass den Medien in der Lancierung, der Umsetzung und Rezeption der Integrationspolitik eine hohe Bedeutung zukommt. Die Runde trat mit dem Ziel an, über eine Mischung von praktischen und theoretischen Beiträgen, vermittelt von führenden Experten, diese uns täglich betreffende Problematik aufzugreifen und kompetent zu debattieren. Professor Kurt Imhof, renommierter Mediensoziologe der Universität Zürich, bereitete das theoretische Terrain der Debatte vor, mit einem Rückblick auf die historische Genese öffentlicher Foren seit der griechischen Agora. Der Nationalstaat, so sein Resümee, sei bis heute der einzige gelungene Versuch der Konstruktion einer einheitsstiftenden Öffentlichkeit unter Grosskollektiven. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich eine europäische Öffentlichkeit analog zu nationalen Identitätsstiftungen des 19. Jahrhunderts entwickelt,

beurteilte er allerdings als gering. Allenfalls in einer konflikthaften Abgrenzung gegen äussere Einflüsse könne sich derartiges ereignen. Unter dem Titel „Schweizerische Europapolitik erklären“, stellten Thomas Oberer und Christoph Nufer, der Radio- und Fernsehkorrespondent des Deutschweizer Rundfunks DRS in Brüssel, dieser Theorie die Praxis gegenüber. Mit eindringlichen Beispielen unterlegten sie die These Imhofs der rein national durchführbaren Öffentlichkeiten: So zeichneten sie zum Beispiel ein Bild der Zersplitterung in nationale Medienseilschaften – eine Art Journalisten-Babylon – in der die europäischen Medienschaffenden in Brüssel operieren. „In jeder Pressekonferenz der Kommission finden sich die Journalisten zu „nationalen Grüppchen mit fester Sitzordnung ein“, so Nufer. Selbst unter den Kommunikationseliten in den Pressetreibhäusern der Europäischen Hauptstadt sei demnach kein Entstehen supranationaler Öffentlichkeit zu beobachten. Dieser Feststellung fügte Philippe Pfister, langjähriger Nachrichtenchef bei der Sonntagszeitung und aktuell bei Facts, die grundlegende Beobachtung hinzu, dass auch aus Schweizer Optik der Auslandteil, der für eine europäische Öffentlichkeit eigentlich zu ei-

ner Art gehobenem Inlandteil werden müsse, dauernd an Budget, an Umfang und damit auch an Qualität verliert. Nach einer theoretischen Einführung erläuterte er dies anhand der praktischen Arbeit auf der Redaktion. „In der Sonntagszeitung stehen für die Inlandberichterstattung 1200 Stellenprozent zur Verfügung“, so Pfister. „Der gesamte Auslandteil inklusive Europa bearbeitet nur eine Redakteurin mit einem 90 Prozent Pensum.“ Adrian Sollberger, Informationschef des Integrationsbüro am EDA/EVD berichtete seinerseits über die Schwierigkeiten bei der Vermittlung von Europaanachrichten in der Schweiz und über die teils heftigen Reaktionen der Bevölkerung auf die Informationspolitik des Bundes. Lukas Schmutz, Redaktionsleiter Inland beim Schweizer Radio DRS schliesslich fasste die Beiträge konzis zusammen und blickte in einer persönlich gefärbten Rückschau auf den sich ändernden Stellenwert des Europathemas in seiner journalistischen Karriere zurück. Die Runde ging auseinander in der übereinstimmenden Meinung, an einem ausserordentlich gelungenen Meinungs- und Informationsaustausch teilgenommen zu haben, in dem das Thema von unterschiedlichen Blickwinkeln analysiert und diskutiert wurde.

Veranstaltungen

Europakolloquien

9. Mai 2007 18.15, Europainstitut, Universität Basel
„Was taugt die direkte Demokratie?“, Dr. Kuno Hämisegger, Delegierter für Public Affairs Schweiz, Schweizerische Bankiervereinigung

11. Juni 2007 18.15, Europainstitut, Universität Basel
„Das EU-Engagement in Afghanistan“, Bettina Muscheidt, Europäische Kommission, Brüssel

Europavorträge

23. Mai 2007 18.15, Kollegienhaus, Universität Basel
„Reform und Entwicklungsperspektiven der UNO“, Andreas Zumach, politischer Publizist, Genf

12. November 2007 18.15, Europainstitut, Universität Basel
„Europa als Teil der UNO“, Dr. Peter Mauer, Schweizerischer Botschafter bei der UNO, New York

Vortragsreihe

10. April - 29. Mai 2007, 18.15, Kollegienhaus, Universität Basel
„Europäische Nachbarschaftsbeziehungen“, verschiedene Referenten und Referentinnen

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen finden Sie laufend unter:
www.europa.unibas.ch